

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 120408
Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telex: 08 86846 ppbn d



Inhalt

Antje Huber MdB, Bundesgesundheitsminister und Mitglied des SPD-Präsidiums, würdigt das Gesundheitsabkommen mit der DDR: Wichtiger Schritt zur Verbesserung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten. Seite 1

Egon Lutz MdB zu den jüngsten Arbeitsmarktdaten: Der Höhepunkt ist noch nicht erreicht. Seite 3

Hugo Brandt MdB kommentiert das Engagement der Löwenthal, Eckes und Bossle bei der "Konservativen Aktion": Schlumpf-Ku-Klux-Klaner. Seite 5

Hermann Dürr setzt sich dafür ein, bei der Drogenaufklärung zu differenzieren: Die Drogenprophylaxe ist krank. Seite 6

Ernst Waltemathe MdB äußert sich zu Zeitmietverträgen: Eine Zeitbombe zur Sprengung des sozialen Mietrechts oder ein zeitgemäßes Mittel zu Dynamisierung von Wohnraum? Seite 8

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godeshberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-

36. Jahrgang / 232

4. Dezember 1981

Das Gesundheitsabkommen - ein hervorragendes Beispiel

Wichtiger Schritt zur Verbesserung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten

Von Antje Huber MdB
Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit

Das Gesundheitsabkommen zwischen der DDR und der Bundesrepublik Deutschland vom 25. April 1974 gehört zu den Verträgen die selten zu spektakulären Schlagzeilen in den Zeitungen führen, die aber gleichwohl gut, das heißt mit für beide Seiten befriedigenden Ergebnissen funktionieren und "mit Leben erfüllt" werden. Bei meinem Gespräch mit dem DDR-Gesundheitsminister Professor Mecklinger in der vergangenen Woche in unserer Ständigen Vertretung in Ostberlin haben wir vereinbart, diese positive Entwicklung weiter zu fördern und auszubauen.

Die kostenfreie medizinische Hilfe für Einreisende aus dem jeweils anderen Staat in Akutfällen sichert dem Patienten die notwendige gesundheitliche Betreuung während der Reise und des Besuchsaufenthalts. Die Möglichkeiten der Rückführung in den Herkunftsstaat mit dem Krankenwagen bei schwerer Erkrankung sind insbesondere auch durch die zentrale Vermittlung der Präsidien der beiden deutschen Rotkreuz-

Gesellschaften wesentlich verbessert worden. Spezialbehandlungen oder -kuren im jeweils anderen Staat werden in steigendem Maße von Patienten aus beiden deutschen Staaten wahrgenommen, zur Zeit etwa 100 mal im Jahr. Der gegenseitige Informationsaustausch zu Fragen der Verhütung und Bekämpfung übertragbarer Krankheiten, der mit dem Gesundheitsabkommen vereinbart wurde, wird regelmäßig durchgeführt. Die sofortigen Informationen in dringenden Fällen haben den Gesundheitsschutz wesentlich verbessert. Auf dem Gebiet der Organtransplantationen gibt es positive Ansätze einer Zusammenarbeit. Das gleiche gilt für den Bereich des medizinisch-wissenschaftlichen Erfahrungsaustausches, wo es inzwischen zu erfolversprechenden Kontakten zwischen Wissenschaftlern aus beiden deutschen Staaten gekommen ist.

Besonders viele positive Reaktionen hat die medizinische Hilfe für Einreisende aus dem jeweils anderen Staat hervorgerufen.

Aber auch bei medizinischen Spezialbehandlungen sind beide Seiten erfolgreich bemüht, unbürokratisch und - wenn nötig - sehr rasch zusammenzuarbeiten, um Patienten zu helfen. Die DDR hat erst vor kurzem erneut eine Verwandtennierentransplantation durch Ausreise der in der DDR lebenden Nierenspenderin zu dem in Hannover lebenden Empfänger ermöglicht. Vor wenigen Tagen konnte eine Patientin aus der DDR in einer Blitzaktion von der Neurochirurgischen Universitätsklinik Gießen in das noch stärker spezialisierte Mount-Sinai-Hospital in New York verlegt und behandelt werden.

Das Gesundheitsabkommen ist damit ein hervorragendes Beispiel auf dem Weg der Verbesserung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten.

(- / 4 .12.1981 /ks/ca)

+ + +



Der Höhepunkt ist noch nicht erreicht

Bemerkungen zu den November-Daten der Bundesanstalt für Arbeit

Von Egon Lutz MdB

Stellvertretender Vorsitzender des Arbeitskreises Sozialpolitik
der SPD-Bundestagsfraktion

Merkwürdig ist es schon: Da verkündet der Präsident der Bundesbank einen "Hauch von Optimismus" und schon am nächsten Tag wird klar, was die Wirtschaft mit ihren Exporterlösen offensichtlich nicht macht: investieren in Arbeitsplätze.

Bei einer neuen Gesamtzahl von 1.489.976 stellungssuchender Arbeitnehmer kann man diesen Hauch tatsächlich kaum ausmachen. Das sind 54 Prozent mehr als im Vorjahr; die Quote für den November liegt bei 6,4 Prozent; im Vorjahr lag sie noch bei 4,2 Prozent.

Erstmals liegt die Zahl der arbeitslosen Männer über der der Frauen. Die mangelnde Konjunktur zeigt besonders hier ihre Auswirkungen. 723.358 Männer sind ohne Arbeit; 69,1 Prozent mehr als im Vorjahr. Bei den Frauen sind 716.618 ohne ein Beschäftigungsverhältnis. Das sind 40,5 Prozent mehr als im vergleichbaren Vorjahresmonat.

Keine Abmilderung der Situation ist auch für die Problemgruppen zu erkennen:

- o Bei den Jugendlichen verzeichnet die Bundesanstalt gegenüber dem Vorjahr einen Anstieg um 67,3 Prozent. Die Zahl liegt jetzt bei 139.643.
- o Geringer ist die Steigerungsrate bei den älteren Arbeitnehmern. Hier sind 25 Prozent mehr als 1980 ohne Arbeitsverhältnis. In absoluten Zahlen bedeutet dies 84.241 Arbeitslose.
- o Der Arbeitsmarkt für schwerbehinderte Arbeitnehmer verzeichnet einen Anstieg, gemessen an 1980, um 36,4 Prozent. Die neue Zahl: 96.860.

Die Analyse der Teilarbeitsmärkte macht das Ausmaß der strukturellen Arbeitslosigkeit deutlich:

- Bauindustrie ist faktisch nicht mehr existent: Die Nürnberger Bundesanstalt meldet, gemessen an 1980, einen Anstieg der Arbeitslosigkeit um 123 Prozent, bei einem



gleichzeitigen Rückgang der offenen Stellen um 62 Prozent. Hier stehen 97.000 stellungssuchende Arbeitnehmer 5.000 offenen Stellen gegenüber.

- Düster der Bereich der Metall- und Elektroindustrie: 227.500 sind ohne Arbeit; 66 Prozent mehr als im Vorjahr. Die Zahl der offenen Stellen ging um 54 Prozent zurück.
- Gleiches gilt in etwa für den Dienstleistungsbereich und für die Warenkaufleute: 399.600 sind ohne Arbeit. Dem stehen 26.000 offene Stellen gegenüber.

Derzeit gibt es auf dem bundesdeutschen Arbeitsmarkt 132.000 offene Stellen. Auf eine offene Stelle müssen 13 Arbeitslose gerechnet werden. Gibt es einen besseren Beweis für die Unsinnigkeit des Geredes über eine, wie auch immer geartete "Trägheit" der Arbeitnehmer?

Angesichts der beschriebenen Situation ist es wahrhaftig müßig über beschäftigungspolitische Maßnahmen zu philosophieren. Diejenigen, die solche Maßnahmen ablehnen, sollen klar erklären, wie sie einen weiteren Anstieg von Arbeitslosigkeit kurz- und mittelfristig verhindern wollen. Sie sollen gleichzeitig erklären, wieviel Arbeitsplätze ihre Überlegungen dem Arbeitsmarkt zuführen werden. Wenn ihnen das Ausmaß der Arbeitslosigkeit immer noch nicht klar genug geworden ist, kann noch Aufklärungsarbeit geleistet werden.

Diejenigen, die für beschäftigungspolitische Maßnahmen eintreten, sollten jetzt ihre Forderungen präzisieren und konkrete Finanzierungsvorschläge auf den Tisch bringen.

Es ist nicht die Zeit, Theoriegebäude auszutauschen. Es ist die Zeit, die Weichen für das Jahr 1982 zu stellen. Wer die Zeichen der Zeit nicht verstehen will, ist dabei sozialen Frieden zu verspielen.

(-/4.12.1981/ks/ca)

+ + +



Schlumpf-Ku-Klux-Klaner

Löwenthal, Eckes und Bossle bei der "Konservativen Aktion"

Von Hugo Brandt MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Innenausschuß

Vorsitzender und Ministerpräsidentenkandidat der SPD Rheinland-Pfalz

Jedesmal wenn's November wird, friert manchen Leuten das Hirn ein und der rechtsgedrehte Bazillus fühlt sich in solchem Klima offensichtlich besonders wohl. Es bereitet den Befallenen ein merkwürdiges Behagen am Untergang. Und so verhalten sie sich denn auch.

Man muß sich nicht wundern, wenn in diesem Zusammenhang immer wieder die gleichen Namen auftauchen: Löwenthal, Eckes, Bossle. Diesmal hat sie's wieder zusammengetrieben und sie haben sich in der "Konservativen Aktion" getroffen, und getreu dem Monat November in München. Die treibt es um und um, und wie nicht anders zu erwarten, geht es vor allem gegen Moskaus Partisanen unter uns; denn dort drüben sitzen nur finstere Gestalten, die unablässig über die Zerstörung der abendländischen Kultur nachdenken und die ihre Sendboten hier frei herumlaufen haben. Das möchten sie ändern. Deshalb wird der Aufbau von Bürgerwehren in mehreren Städten geplant, denn da muß ja endlich einmal Putz gemacht und Ruhe und Ordnung wieder hergestellt werden. Was schert die Leute, daß ihr eigenes Abrücken von staatlichen Gewaltmonopol, dieses erst so recht in Frage stellt. Nein, sie möchten den Staat nicht unterstützen, sie möchten es selber sein. Zumal, versteht sich von selber, der Staat schon längst von den Partisanen Moskaus besetzt ist.

Wen wundert es, daß das alles gemeinnützig abgesegnet ist und Spenden selbstverständlich von der Steuer abgesetzt werden können. Unklar ist allerdings noch, ob die Höhe der steuerlichen Abzugsfähigkeit erfolgsorientiert gestaffelt wird. Schließlich müssen diese Schlumpf-Ku-Klux-Klaner zeigen, was sie drauf haben.

Aber jenseits aller Bitterkeit: Die Sache ist brandgefährlich, und es wäre gut, wenn sie die Finger davon ließen. Es kommt nichts Gutes dabei heraus. (-/4.12.1981/bgy/ca)

+ + +



Die Drogenprophylaxe ist krank

Es wird Zeit, bei der Drogenaufklärung zu differenzieren

Von Hermann Dürr

Drogenprophylaxe gehört zu den diffizilsten Kapiteln der Pädagogik. Schilderungen, die abschrecken sollen, wirken auf manche junge Menschen eher anziehend, die "machen an". Drogenkunde, wie sie etwa das Landeskriminalamt Baden-Württemberg betreibt, vermittelt Kenntnisse über grünen Türken oder schwarzen Afghanen, die kaum zur Allgemeinbildung gehören. Eltern werden auf diese Weise höchstens dazu veranlaßt, in den Zimmern ihrer Kinder zu schnüffeln, wodurch oft der letzte Rest an Vertrauen zwischen den Generationen nachhaltig zerstört wird. Wird im Schulunterricht der Umgang der Erwachsenen mit Nikotin, Alkohol und Tabletten erörtert, dann liegt der Vorwurf nahe, der Lehrer dürfe sich nicht ins Familienleben der Eltern einmischen.

Am meisten krankt unsere mit öffentlichen Mitteln geförderte Drogenprophylaxe daran, daß man zumindest alle illegalen Drogen in einen Topf wirft und sie unterschiedlos als höchst gefährlich, ja tödlich bezeichnet. Das beste Beispiel dafür ist der sicher gut gemeinte Aufkleber der Jungen Union, der einen Totenkopf und darunter gekreuzt eine Heroinspritze und einen Joint - eine Haschisch-Zigarette - zeigt. Nichts gegen einen Totenkopf, kombiniert mit einer Heroinspritze. Schließlich sind am Heroin allein in der Bundesrepublik schon Tausende gestorben. Aber Totenkopf und Joint, das halten junge Menschen nicht für eine glaubhafte Kombination. Das Gegenargument ist kurz und einleuchtend: Zu Tode gesoffen hätten sich schon viele, zu Tode ghascht aber noch kaum einer.

Mißtrauische Leser könnten vermuten, im weiteren Verlauf dieses Aufsatzes werde die Legalisierung von Haschisch und Marihuana propagiert. Mitnichten. Wir haben so viel ungelöste Alkoholprobleme, daß wir uns die Haschischprobleme nicht noch vorsätzlich dazuhin auf den Hals laden sollten. Es wäre dumm, den Erwerb von Haschisch oder Marihuana zum Eigenverbrauch erlauben zu wollen. Dumm wäre es aber auch, mit Morgensterns Korf messerscharf zu schließen, daß nicht sein kann, was nicht sein darf und so zu tun, als werde nirgendwo gekifft.



Es wird Haschisch geraucht, mehr als je. Kiffen ist bei gewissen Altersgruppen "in" und wir sollten uns fragen, warum das so ist. Haschisch gehört zum Ritual mancher Gruppen Jugendlicher, in denen sie zusammenglucken, um sich vom Schulstreß und den Belehrungen der Eltern zu erholen. Kiffen wird auch als eine Möglichkeit angesehen, um gegen die durchorganisierte, bürokratisierte, computerisierte Welt der Erwachsenen zu protestieren. Und die pubertäre Abenteuerlust, die frühere Generationen zum Kirschenstehlen in Nachbars Garten veranlaßt hat, reizt - manche heute - zum Ausprobieren von Rauschmitteln.

Schließlich wird zumeist in der Gruppe gekifft. Junge Leute machen sich selten klar, daß es weniger als Haschisch ist, weshalb sie sich dort wohlfühlen, sondern mehr das Gefühl der Wärme und Geborgenheit in der Gruppe. Sie schwärmen vom "feeling" und meinen, es werde allein durch das Haschisch verursacht.

Es wird allmählich höchste Zeit, bei der Drogenaufklärung mehr zu differenzieren. Heroingebrauch ist Selbstmord auf Raten. Am Haschisch stirbt man nicht. Aber es macht nachweislich lahm und antriebslos. Kiffer ähneln Hunden, die man zum Jagen tragen muß. Schlagworte sind immer etwas zu einfach, denn sie zeigen nur einen Aspekt des Problems, und den oft nicht vollständig. Trotzdem ist der Satz "Kiffen macht doof" verwendbar, weil nahezu richtig.

Es ist nötig und sehr dringend, konkret und wahrheitsgemäß über die Wirkungen des Haschischgebrauchs öffentlich zu reden. Die Nachfrage nach Haschisch ist zur Zeit groß, viel zu groß. Sie kann nicht durch allgemeine Warnungen, wohl aber durch gute gezielte Aufklärung verringert werden. Das hilft mehr, als wenn die Polizei Durchsuchungen in den Zimmern kleiner Kiffer macht und als Nebenwirkung die Solidarisierung derer hervorruft, die sich danach als Märtyrer fühlen, weil sie sich als zu Unrecht kriminalisiert ansehen.

(-/ 4.12.1981/hi/ca)

+ + +



Zeitmietverträge in der Diskussion

Eine Zeitbombe zur Sprengung des sozialen Mietrechts oder ein zeitgemäßes Mittel zur Mobilisierung von Wohnraum?

Von Ernst Waltemathe MdB

Obmann der Arbeitsgruppe für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau
der SPD-Bundestagsfraktion

Mit ihrem einstimmigen Beschluß vom 1. Dezember 1981 hat die SPD-Bundestagsfraktion zweierlei festgestellt:

- Das Thema "Zeitmietverträge" wird nicht durch einen Schnellschuß "gelöst", sondern erst beraten, wenn der Deutsche Bundestag Ende Januar oder Anfang Februar 1982 eine Anhörung zum Mietrecht durchgeführt und ausgewertet hat.
- Auf keinen Fall wird es Beschlüsse geben, die negative Auswirkungen auf den bestehenden Schutz der Mieter vor Kündigung und ungerechtfertigter Mieterhöhung haben können.

Die Entscheidung, das Thema erst später zu beraten, zeigt schon an, daß gravierende Bedenken dagegen bestehen, mit einem schnellen Verfahren ein Instrument in unser Rechtswesen einzuführen, dessen Nutzen oder Schaden erst einmal gründlich begutachtet werden müßte.

Weshalb sich die Sozialdemokraten schwer tun, wird klar, wenn man sich folgendes vergegenwärtigt:

- 1/ Der im Bundesgesetzbuch (BGB) verankerte Wohnraumkündigungsschutz gibt dem Wohnungsmieter, der sich vertragsgemäß verhält, Sicherheit vor dem Verlust seiner Wohnung. Nur bei Vorliegen bestimmter Gründe (zum Beispiel Eigenbedarf des Eigentümers) und bei Einhaltung bestimmter Regeln kann eine Kündigung erfolgen.
- 2/ In Zweifamilienhäusern, in denen die eine Wohnung vom Eigentümer bewohnt und die zweite Wohnung vermietet ist, besteht ein "normaler" Kündigungsschutz nicht: Der Vermieter kann ohne Angabe von Gründen, allerdings unter Einhaltung einer um drei Monate verlängerten Frist, das Mietverhältnis kündigen.
- 3/ Auch heute schon können Mietverträge auf bestimmte Zeit abgeschlossen werden, wobei der Mieter die Fortsetzung des Mietverhältnisses dann verlangen kann, wenn der Vermieter keinen Eigenbedarf oder andere im Gesetz genannte Gründe nachweisen kann. Diese Zeitmietverträge genießen also einen Quasi-Kündigungsschutz.
- 4/ Kündigungen zum Zwecke von Mieterhöhungen sind ausgeschlossen. Auch bei Mietverträgen auf Zeit kann eine Fortsetzung des Mietverhältnisses nicht zur Durchsetzung einer (nicht gerechtfertigten) Mieterhöhung verweigert werden. Vielmehr gilt das Gesetz zur Regelung der Miethöhe, das Mieterhöhungen im Rahmen der ortsüblichen Vergleichsmiete zuläßt, aber keine einseitige Forderung nach Neuvereinbarung.
- 5/ Die jetzt geltenden Regelungen haben sich im wesentlichen bewährt. Vermieter mit Eigenbedarf bekommen insbesondere in den Fällen von Zeitmietverhältnissen ihre Wohnung in aller Regel fristgerecht frei, wenn beim Mieter nicht Gründe der "Sozialklausel" (unzumutbare Härte wegen Krankheit, Schwangerschaft, et cetera) einen fristgerechten Auszug verhindern. Gleichwohl hat die sozial-liberale Koalition Fristvorschriften und Regelungen zur Mietfestsetzung zur "Lockerung" vorgesehen. Diese Lockerungen lassen insbesondere schon jetzt befürchten oder vermuten, daß der Wohnungsbestand Mieterhöhungen erfahren wird.



6/ Zeitmietverträge, die nur an den Tatbestand künftigen Eigenbedarfs oder künftiger Verwendung der Wohnung für Umbau, umfassende Modernisierung oder Abbruch anknüpfen und deshalb von vornherein keinen Kündigungsschutz mit Sozialklausel enthalten, bergen die Gefahr nicht nur des Mißbrauchs in sich, sondern können sich wie folgt auswirken:

- der Mieterschutz wird gelockert und umgangen
- bei Ende des Mietvertrags könnten "neue" Zeitmietverhältnisse mit höherer Miete abgeschlossen werden; die höheren Mieten werden ortsübliche Vergleichsmiete und führen somit zu Mieterhöhungen im übrigen Wohnungsbestand
- es wächst der Druck, das bisher geltende Mietrecht um weitere Ausnahmetatbestände aufzulockern.

7/ Nun mag nicht einzusehen sein, daß tatsächlich in manchen Städten Mangel an Wohnraum herrscht und gleichzeitig in Sanierungs- und Stadterneuerungsvierteln Wohnungen leer stehen, die jedenfalls zeitweise noch gut genutzt werden könnten. Die Sozialdemokraten versagen sich nicht, wenn es darum geht, gegen

- + das Leerstehenlassen
- + die Zweckentfremdung
- + die Nicht-Instandsetzung

von Wohnraum vorzugehen. Ob dazu auch das Mietrecht einen Beitrag leisten kann, soll ernsthaft geprüft werden, kann aber nicht das einzig Erfolgversprechende sein. Vielmehr wäre zu überlegen, gegen Wohnungsleerstand ein Bündel von Maßnahmen zu ergreifen; das Mietrecht ist dabei kein Tabu. Dabei wird sich die Frage stellen, ob Zeitmietverträge neuer Art unter Ausschluß von Umgehungs- und Mißbrauchsmöglichkeiten dann erfolgversprechend sind, wenn sie an bestimmte Voraussetzungen und Auflagen gebunden werden (beispielsweise gemeindliche Genehmigung in Sanierungsgebieten oder aus planerischen Gründen). Gleich das BGB zu ändern, scheint in jedem Fall ein zweifelhaftes Mittel zu sein.

Eine hektische Diskussion unter Zeitdruck um großzügige Lockerungen kann nur zur Verunsicherung führen, die den sozialen Frieden gefährdet. Die SPD-Bundestagsfraktion war deshalb klug beraten, nicht voreilig Entscheidungen in der Sache zu treffen, nur weil eine "Formulierunghilfe" das Licht der Welt erblickt hat. Ob es überhaupt Zeitmietverträge neuer Art geben soll oder nicht - die Entscheidung ist offen. Sicher ist, daß bisher bekanntgewordene Ansätze für die SPD-Bundestagsfraktion nicht annehmbare sind. Im nächsten Jahr sehen wir weiter; die Substanz des Schutzes vor Wohnungskündigung und ungerechtfertigter Mieterhöhung soll auf keinen Fall angefasst werden.

(-/4.12.1981/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

